



## **Berufs- und Studienorientierung an allgemeinbildenden Schulen als Schlüssel für die Fachkräftesicherung durch betriebliche Berufsausbildung**

### **Position der Industrie- und Handelskammer Offenbach am Main**

#### **Aktuelle Ausgangslage**

Die Zahl der von den Unternehmen angebotenen Ausbildungsstellen wächst auch im Jahr 2015, während die der gemeldeten Bewerber in Stadt und Kreis Offenbach mit einem Minus von 19,5 % im März 2015 weiter sinkt. Die Schulabgangsbefragung der Stadt Offenbach hat zuletzt ergeben, dass nur 15 % der Haupt- und Realschüler nach der Schule eine betriebliche Berufsausbildung anstreben. Der Trend zu weiterführenden Schulen hält weiter an mit der Folge, dass die Schülerzahlen in den Vollzeitklassen der Sekundarstufe II konstant hoch sind (z.B. Fachoberschüler in Stadt und Kreis Offenbach 1.089, Höhere Berufsfachschule 622). Die Abbruchquoten in diesen Schulformen zeigen gleichzeitig, dass längst nicht alle Schüler hier richtig aufgehoben sind, während in jedem Jahr über 100 Ausbildungsplätze in den Unternehmen aus Stadt und Kreis Offenbach mangels geeigneter Bewerber unbesetzt bleiben. Es muss angenommen werden, dass zu viele Jugendliche nur unzureichend auf die Zeit nach der Schule vorbereitet werden und deshalb keine begründete Entscheidung für den weiteren Werdegang treffen können. Damit wird die regionale Wirtschaft massiv behindert, die dringend benötigten Fachkräfte mit beruflicher Qualifizierung selbst zu entwickeln.

#### **Wie sollte es sein ?**

Grundlage für eine erfolgreiche berufliche Zukunft ist zunächst der Erwerb eines Schulabschlusses. Nach wie vor verlassen im Kreis Offenbach in jedem Jahr rund 5 % der Schüler die Schule ohne jeglichen Abschluss. In der Stadt Offenbach ist die Quote sogar doppelt so hoch. Ziel muss sein, dass kein Schüler die Schule ohne Abschluss verlässt. Mit dem Schulabschluss sollte zugleich die Ausbildungsreife<sup>1</sup> bescheinigt werden. Wichtig ist, dass die Schüler in der Lage sind, eine eigenständige Entscheidung zu treffen, was sie nach der Schule machen möchten. Dazu ist es wichtig, dass den Schülern alle Möglichkeiten bekannt sind. Für die gymnasialen Oberstufen gilt dies auch für die Studienorientierung, zumal auch hier von den Hochschulen eine zunehmende Orientierungslosigkeit der Bewerber beklagt wird.

#### **Was ist zu tun ?**

Im Hessischen Bündnis für Ausbildung sind im Bewusstsein um diese Herausforderungen einige Maßnahmen zur „Berufs- und Studienorientierung in der Schule und in der Lehrkräftebildung“ vereinbart worden:

---

<sup>1</sup> Definition Ausbildungsreife:

- Schulische Basiskenntnisse (z.B. Rechtschreibung, mathematische Grundkenntnisse)
- Psychologische Leistungsmerkmale (z.B. Sprachbeherrschung, Befähigung zur Daueraufmerksamkeit)
- Physische Merkmale (altersgerechter Entwicklungsstand und gesundheitliche Voraussetzungen)
- Psychologische Merkmale des Arbeitsverhaltens und der Persönlichkeit (z.B. Zuverlässigkeit, Kritikfähigkeit)
- Berufswahlreife (Selbsteinschätzungs- und Informationskompetenz)

Quelle: <http://www.bibb.de/ausbildungsreife>

<b>Was (Auswahl)</b>	<b>Wer (s.a. Legende unten)</b>
Neuer Erlass zur Berufs- und Studienorientierung an Schulen	HKM
Gütesiegel Berufs- und Studienorientierung	HKM, VhU, HWK, IHK, HMWEVL, DGB, Arbeitsagenturen
Aktionslinie MINT	HMWEVL, VhU, IHK, Arbeitsagenturen
Hinwirken auf Verankerung der Berufsorientierung in der Lehrerausbildung	HMWK
Praktikums-Portal / Angebot von Praktika	IHK, HWK
Angebote der Lehrerfortbildung	VhU, IHK, HWK, DGB
Beratungsstunden in Schulen	Arbeitsagenturen

HKM	Kultusministerium
HMWK	Wissenschaftsministerium
HMWEVL	Wirtschaftsministerium
VhU	Vereinigung hessischer Unternehmerverbände
HWK	Handwerkskammer

Auffällig ist, dass insbesondere die Beiträge des HMWK (verantwortlich für die Lehreraus- und –weiterbildung) sowie des HKM (verantwortlich für die Berufsorientierung in Schulen) sehr dürftig und wenig konkret sind. Auch fehlen gänzlich verbindliche Aussagen zur Bereitstellung von Ressourcen, Anreizsystemen für Schulen und Lehrer sowie zum weiteren Vorgehen. Es muss befürchtet werden, dass die beiden vorgenannten Ministerien das Thema der Berufsorientierung an Schulen nicht mit der notwendigen Konsequenz bearbeiten – ja sogar torpedieren. Hier müssen die Ankündigungen von HMWK und HKM klarer sowie verbindlicher formuliert und um Zeitfenster ergänzt werden.

Da die wenigen Zusagen von HMWK und HKM alleine nicht zum Ziel führen, ist die Landespolitik aufzufordern, ergänzende Maßnahmen anzugehen, um die Vorbereitung der Schüler auf das Berufsleben deutlich zu verbessern :

### **Fächerübergreifende Berufs- und Studienorientierung**

Die fächerübergreifende Berufs- und Studienorientierung muss in allen Schulformen und für alle Abschlussarten realisiert werden. Dazu ist es unabdingbar, eine Arbeitsplatzbeschreibung von Lehrern auch unter dem Aspekt der Berufs- und Studienorientierung zu erstellen. Die Zuständigkeiten müssen klar formuliert und nachgehalten werden. Erst so lässt sich verhindern, dass die Qualität von Berufs- und Studienorientierung höchst unterschiedlich ist. Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass in der Lehreraus- und Weiterbildung das Thema Berufs- und Studienorientierung verpflichtend verankert wird.

### **Transparenz und Wettbewerb**

Bislang ist es nahezu unmöglich nachzuvollziehen, zu welchen konkreten Ergebnissen die Aktivitäten an welcher Schule führen. Zwar enthalten viele Schulprogramme Aussagen zur Berufsorientierung, jedoch ist nicht erkennbar, wie diese mit welchen Resultaten umgesetzt werden.

Wichtig wäre deshalb die Verpflichtung jeder Schule, zum jeweiligen Schuljahresende zu veröffentlichen, wie erfolgreich gearbeitet wurde. Hierzu zählen neben den schulischen Abschlüssen auch Angaben zum Übergang in Ausbildung oder Studium sowie die Dokumentation und Evaluation der Aktivitäten zur Berufsorientierung (Veranstaltungen mit der Wirtschaft, Praktika der Schüler und Lehrer, etc.).

Offenbach am Main, 11. Juni 2015